Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 185 — Jahrgang 213

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Sprechzeit von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 6. Mai

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 50 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 2,50 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Der Münchener Stadtrat hat als Protest gegen die Reichs-Brotbewirtschaftung die neue Brotpreiserhöhung für München abgelehnt.

* Die staatliche Bildungsanstalt in Lichterfelde, an Stelle der früheren Hauptkadettenanstalt getreten ist, wurde gestern vormittag eröffnet.

* Im englischen Unterhause lehnte Bonar Law jede Verantwortung Englands für den polnischen Einmarsch in Rußland ab.

* In der Slowakei sind sehr ergiebige Petroleumquellen angebohrt worden.

* Bei einem Großfeuer auf den Atlaswerken in Bremen ist gestern nachmittag die Maschinenhalle eingeäschert worden.

* Die deutsche Kolonie in Valparaiso veranstaltete eine Sammlung zugunsten der Hinterbliebenen der durch die französischen Besatzungstruppen getöteten Frankfurter Bürger, die 25 000 Mark ergab.

Bayerns eigene Brotpolitik

München, 5. Mai.

Der Münchener Stadtrat hat auf sozialdemokratischen Antrag als ersten Protest gegen die bisherige Brotbewirtschaftung die neue Brotpreiserhöhung einstimmig abgelehnt und gegen die Stimmen der Unabhängigen die Höchstpreise für München außer Kraft gesetzt. Der Referent erklärte, die Erhöhung der vom Reich den Landwirten zugestandenen Lieferungszuschläge sei schuld an der neuen Brotpreiserhöhung, die das Reich verlange. — Die Bäcker und Konditoren, die laut Schiedsspruch durch Regelung der Reichsbrotpreise schon eine Teuerungszulage von 45 bis 68 Mark auf die jetzigen Löhne von 100 bis 132 Mark erhalten sollen, erklären, sich bei solchen Hungerlöhnen keine Mühe mehr durchschleppen zu können. Sie werden am 7. Mai in einer Versammlung die Arbeitsniederlegung beschließen.

Nachdem der Stadtrat gestern die Höchstpreise für Brot und Mehl aufgehoben hat, setzte die Münchener Bäckerinnung den Brotpreis auf 1,25 M., den Mehlpreis auf 1,75 M. je Pfund fest.

Um Deutschlands Schiffsraum

Eine neue deutsche Note.

Berlin, 5. Mai.

Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Reparationskommission eine Denkschrift überreicht, in der in Ergänzung der von der deutschen Schiffahrtsdelegation bereits im März d. J. übergebenen ersten Denkschrift gezeigt wird, wie groß die Einfuhr der für Deutschland lebenswichtigen Rohstoffe vor dem Kriege war, und wie diese Einfuhr sich nach dem Kriege infolge der Wirkungen des Friedensvertrages einschränken mußte. Zugleich zeigt die Denkschrift, daß eine weitere Einschränkung im Hinblick auf die Volksgesundheit, die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und die unsere Ruhe und Ordnung nicht möglich ist.

Es wird ferner statistisch dargetan, wieviele von den eingeführten Rohstoffen vor dem Kriege zur See nach Deutschland transportiert worden sind und welche Mengen dementsprechend von dem jetzt verminderten, für Deutschland unbedingt notwendigen Rohstoffbedarf künftig zur See eingeführt werden müssen. Die für den Transport dieser Mengen von Rohstoffen erforderliche Tonnage wird alsdann berechnet und gezeigt, daß der tiefste Durchführung des Friedensvertrages 700 000 Tonnen Schiffsraum fehlen würden.

In der Erwartung, daß die Hälfte hiervon irgendwie anderweitig beschafft werden kann, kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß, wie schon in der ersten Denkschrift beantragt, Deutschland zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs 350 000 Tonnen seines eigenen zur Uebergabe an die Alliierten bestimmten Schiffsraumes zunächst belassen werden müssen.

Besitzt auf diese Darlegungen der Denkschrift, richtet die deutsche Regierung an die Wiedergutmachungskommission das Ersuchen, Deutschland diesen Schiffsraum zu überlassen, und schlägt dafür die folgende Regelung vor:

1. Die Ablieferung und Uebereignung der noch in deutschem Besitze befindlichen Frachtschiffe über 1600 Br.-Reg.-To. wird auf zwei Jahre hinausgeschoben. Zum Ausgleich für die während dieser Zeit durch die Benutzung entstehende Wertminderung und die deutsche Regierung einen angemessenen Abschreibungsfuß zahlen. Die deutsche Regierung wird bestrebt sein, die Ablieferung und Uebereignung der Schiffe schon vor Ablauf der vorübergehenden Frist zu bewirken, soweit sie dies nach Lage der deutschen Wirtschaft für durchführbar erachtet. Für die vor Ablauf der Frist abgelieferten Schiffe wird der Abschreibungssatz nur bis zum Tage der Ablieferung gewährt. Sollte während der Frist der zwei Jahre ein nach Absatz 1 überlassenes Schiff verloren gehen, so wird die deutsche Regierung hierfür einen gleichwertigen Neubau als Ersatz liefern.

2. Hinsichtlich der Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen erklären sich der Wiedergutmachungsausschuß mit den Schiffen dieser Größe, die sich als Embargoschiffe oder als Schiffe, die in Ausführung des Waffenstillstandsabkommens übergeben worden sind, bereits im Besitz der alliierten und assoziierten Regierungen befinden, als befriedigt im Sinne des § 1, Abs. 3, Anlage 3 zu Teil 8 des Friedensvertrages.

3. Soweit infolge der Auslieferung von Schiffen, die Deutschland nach 1 und 2 überlassenen Schiffe nicht den Schiffsraum von 350 000 Br.-Reg.-To. erreichen, wird ihm der hiernach fehlende Schiffsraum aus den von Süd- und Mittelamerika heimkehrenden Frachtschiffen unter den Bedingungen zu 1 zur Verfügung gestellt.

4. Die Wiedergutmachungskommission wird ersucht, den „Maritime Service" zu bevollmächtigen, über die Ausführung dieses Vorschlages mit der deutschen Schiffahrtsdelegation, die sich jetzt wieder nach London begibt, zu verhandeln.

Es muß nochmals, so schließt die deutsche Note, mit Nachdruck und Ernst hervorgehoben werden, daß, wenn Deutschland der geforderte Schiffsraum nicht belassen wird, das deutsche Wirtschaftsleben und die innere Ordnung Deutschlands in einer Weise gestört werden, daß die Erfüllung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen in Frage gestellt, wenn nicht unmöglich gemacht wird.

Die Lage im Binnenschifferstreik

Magdeburg, 5. Mai.

Die Lage im Binnenschifferstreik scheint sich verschärft zu haben. Die Schiffahrt auf der Elbe ruht völlig. Die Lebensmittelversorgung von Magdeburg wird bisher mit Unterstützung der Technischen Nothilfe, die bei der Ausladung der Schiffe tätigen Anteil nimmt, aufrecht erhalten. Für die Tschecho-Slowakei liegen zwei Kähne mit Lebensmitteln fest. Wenn der Streik weiter andauert, könnte leicht auch Berlins Versorgung beeinträchtigt werden. Den Ladearbeitern, die ihre Tätigkeit nicht aufgenommen haben, soll gekündigt werden. Die Verhandlungen der Arbeitgeber über die Lohnforderungen sind noch nicht abgeschlossen.

Beruhigung in Düsseldorf

Düsseldorf, 5. Mai.

Die drei sozialistischen Parteien in Düsseldorf haben beschlossen, den aus Anlaß des Einmarsches der Reichswehr und der staatlichen Polizei von radikaler Seite angeregten Generalstreik für Düsseldorf abzulehnen, jedoch an einem Generalstreik für ganz Deutschland teilzunehmen, falls dieser erklärt wird. Es wurde anerkannt, daß sich die Reichswehr wie auch die grüne Polizei bisher korrekt benommen haben. Sollte sich aber an ihrem Verhalten gegenüber der Arbeiterschaft etwas ändern, so würde sofort der verschärfte Generalstreik in Düsseldorf einsetzen. Man kann hiernach annehmen, daß die Beunruhigung über den Einmarsch der Reichswehr und der grünen Polizei überwunden ist.

Die Streiks bei den Feinden

Eisenbahner- und Bergarbeiterstreik in Frankreich. — Generalstreik in Italien.

Paris, 5. Mai.

Die Lage im Eisenbahnerstreik neigt neuerdings zur Besserung. In den Bergwerksbezirken ist die Lage unverändert. Im Rhonebecken hat sie sich verschärft, ebenso bei den organisierten Arbeitern in den Hafenstädten.

Die Metallarbeiter des Seinebezirks haben sich dem Streik der C. G. T. angeschlossen. Diese verlangt u. a. Verstaatlichung der Eisenbahnen und Umgestaltung der Hafenbetriebe.

Dem „Matin" zufolge hat die Gewerkschaft der Bauarbeiter die Arbeiter der Eisenbahnlinien aufgefordert, sofort die Arbeit niederzulegen. Außerdem ersucht sie die angeschlossenen Organisationen sich bereit zu halten, um nötigenfalls sich am Ausstand zu beteiligen.

Livorno, 5. Mai.

Hier ist der Generalstreik unter Teilnahme der Eisenbahner erklärt worden.

Rom, 5. Mai.

Aus einer offiziösen Meldung des „Messaggero" über die Vorgänge in Viareggio geht hervor, daß 200 Karabinieri in Viareggio eingerückt sind, und daß das Automobil des Generals Marglarolli verbrannt und das des Generals Grazioli beschädigt wurde. Der Generalstreik hält an.

Wer bezahlt den Regierungs-Generalstreik?

Berliner Blätter wissen zu melden, daß dem Reichsrat eine Vorlage zugegangen sei, durch die den Arbeitnehmern eine billige Entschädigung für den Lohnausfall während des Kapp-Putsches gewährt werden soll. In der Begründung wird auf die „besonderen Verhältnisse hingewiesen, die den Generalstreik begründeten, sowie auf den Beschluß der Zentralarbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die an die Unternehmer die Aufforderung richtete, aus Billigkeitsgründen den Arbeitern eine Beihilfe zu gewähren. Durch eine Verordnung sollen die Arbeitgeber nunmehr verpflichtet werden, über eine angemessene Entschädigung mit den Betriebsausschüssen sich auseinanderzusetzen. Für den Fall, daß eine Verständigung nicht zustande kommt, soll der für Konflikte aus dem Arbeitsverhältnis zuständige Schlichtungsausschuß angerufen werden, dem das letzte Wort in dieser Angelegenheit zugewiesen wird."

Man sollte es nicht für möglich halten, daß die Parteiregierung, von der man ja schon allerlei Proben des „Könnens" erhalten hat, es fertig bringt, den Arbeitgebern durch eine Regierungsverordnung die Verpflichtung aufzuerlegen, für Streiktage aufzukommen, die die Regierung selber verordnet hat. Es ist doch sonst im Leben so, daß derjenige, der eine Dummheit angezettelt hat, auch dafür büßen muß, doch diese Regierung weiß sich gut von der eigenen Schuld zu befreien. Es ist sicher anzunehmen, daß es bei der Urteilsfällung durch die Schlichtungsausschüsse zu lebhaften Auseinandersetzungen über diesen Punkt kommen wird, und es bleibt abzuwarten, welche Gegenrechnung die Arbeitgeber aufstellen werden, deren Ausfall an Gewinn erheblich hoch sein dürfte. Man kann mit der gleichen Selbstverständlichkeit, mit der die Regierung die Bezahlung der von ihr verfügten Streiktage verlangt, wohl annehmen, daß sie die Forderungen der Arbeitgeber ebenso loyal behandeln wird, wie die Ansprüche der Arbeiter, denn im neuen Staate soll sich ja angeblich alles der Gleichheit erfreuen. Na, man kennt das ja . . .

Das Lichtspielgesetz

Von D. Reinhard Mumm, M. d. N.

Soeben erscheint das neue Lichtspielgesetz, das in hartem, aber endlich siegreichem deutschnationalen Wirken der Nationalversammlung abgerungen worden ist.

Die Zustände waren seit der großen Schmutzwelle der „Aufklärungsfilme" derart geworden, daß kein Volksfreund an dieser Verseuchung unseres ganzen Volkslebens vorübergehen konnte. Täglich vier Millionen Menschen sehen die Lichtspiele und lassen sich ihr Weltbild durch sie gestalten. Und vor ihren Augen flimmert vorüber aller Großstadtschmutz und kommt dadurch in jedes Dorf, wenn erst die „Wanderkinobewegung" sich ausgebreitet haben wird; und die Jugend sieht alles Leben in verzerrten Bildern. Fräulein von Gierke bemerkte am 15. April in der Nationalversammlung: „In fast allen den Vorführungen, die ich sah, wurde Anreiz zum Klassenhaß gegeben. Immer waren es zum mindesten Barone, die als reiche Herren ein Leben führen, das es überhaupt nicht gibt, die immer im Auto fahren, immer gefüllte Geldtaschen bei sich haben, die unentwegt Sekt trinken, die überhaupt ein Leben führen, das nur aus Genuß und Sinnenlust besteht. Und zu diesen Bildern kommt noch der „Aufklärer", der z. B. im Norden Berlins die Bilder deutet und sagt: „Sehen Sie, das sind die Herrschaften, die im Grunewald wohnen, das ist die Villa von dem und dem, da geht es so zu." Ja, da muß man wohl wünschen, daß auch die Möglichkeit bestünde, einen Film zu verbieten, weil er den Klassenhaß schürt."

Der hierauf bezügliche deutschnationale Antrag ist abgelehnt worden. Aber dies soll uns nicht hindern, anzuerkennen, daß das neue Gesetz einen erheblichen Fortschritt bedeutet. Schon bei Erlaß der Verfassung haben wir für die Filmzensur gekämpft und ihre Möglichkeit in Artikel 118 der Verfassung durchgesetzt. In der 100. Sitzung der Nationalversammlung hat dann eine deutschnationale Interpellation auf die unendlichen Schäden, die von hier her in unser krankes Volksleben strömen, hingewiesen. Wenn uns die „Aufklärungsfilme" über eins aufgeklärt haben, dann über die Skrupellosigkeit ihrer Verfertiger! Welche Skrupellosigkeit innerhalb der kapitalistischen Filmindustrie möglich ist, zeigte noch eben der „Filmcurier", der die Nationalversammlung zu terrorisieren suchte; er forderte in mangelhaftem Deutsch einen „Kleinen Propagandafilm", um der „deutschen Wählerschaft die Augen zu öffnen, wie die angeblichen Kämpfer für Freiheit und Fortschritt tatsächlich im Parlament abstimmen, wie die Demokraten Koch und Genossen, die Sozialdemokraten Katzenstein und Genossen Arm in Arm mit den Klerikalen und muckerschen Herren Hitze und Mumm wacker auf die Lex Heinze zueilen. Wir wollen dann abwarten, wie die Wählerschaft in dem bevorstehenden Wahlkampf über diese Herren urteilt."

Jedenfalls wird ein solcher Propagandafilm nicht ganz kurzweilig sein können; denn er wird die überwältigende Mehrheit des Reichstags aufzeigen müssen, die dem Filmgesetz zustimmte. Der angeführte terroristische Artikel hat so gut geholfen, die letzten Schwierigkeiten des Gesetzes zu überwinden.

Unter Zensur steht nicht nur jede öffentliche, sondern auch jede „Vereinsvorführung". Die Zulassung jedes Bildstreifens ist zu versagen, „wenn die Prüfung ergibt, daß die Vorführung des Bildstreifens geeignet ist, die öffentliche Ordnung oder Sicherheit zu gefährden, das religiöse Empfinden zu verletzen, verrohend oder entsittlichend zu wirken, das deutsche Ansehen oder die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten zu gefährden" (§ 1). Bildstreifen, zu deren Vorführung Jugendliche unter 18 Jahre zugelassen werden sollen, bedürfen besonderer Zulassung (§ 3); es soll einer Ueberreizung der jugendlichen Phantasie gewehrt werden; hier können auch die örtlichen Jugendämter eingreifen. Im übrigen aber ist die Zensur straff zentralisiert; bis auf weiteres werden zwei Prüfungsstellen in Berlin und München wirken; denn fast nur an diesen Orten werden Filme hergestellt.

Zurzeit ist die Bestimmung des § 17 wichtig, daß Bildstreifen, die bereits im Verkehr sind, binnen zwölf Monaten einer Prüfungsstelle vorzuführen sind. Bis zur Prüfung dieser Bildstreifen durch die Prüfungsstellen unterliegt ihre Zulassung der Genehmigung der Ortspolizeibehörde. Diese hat zu entscheiden, ob ein Film noch weiterhin vorgeführt werden soll oder nicht. An sie sind nach § 17 auch alle diesbezüglichen Anträge zu richten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005061-18/fragment/page=0001

Siedlungs- und Bodenfragen

Preußenparlament

Berlin, 5. Mai.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Feststellung der Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk ein.

Abg. Martin (Dn.): Ich hoffe, daß die neue Einrichtung sich bewähren wird. Der Geltungsbereich des Gesetzes sollte auch noch auf die Kreise Hagen und Schwelm ausgedehnt werden.

Abg. Eberle-Barmen (Soz.) spricht sich für die Einführung der Verhältniswahl für die Wahlen zur Verbandsversammlung aus, sobald irgendwie die Möglichkeit dazu vorliege.

Abg. Buer (Dem.): Der Anschauungsunterricht, den die Ausschußmitglieder an Ort und Stelle genossen haben, hat gute Früchte getragen.

Die Abgg. Reinecke (Ztr.) und Tegeder (D. Vpt.) äußern sich ebenfalls zustimmend.

Minister Steger wald dankt dem Hause für seine eifrige Mitarbeit und bittet, es auch bezüglich des Vorsitzenden in der Verbandsversammlung dabei zu belassen, daß er von einem Staatsbeamten geführt werde, damit keine Rivalitäten unter den beteiligten Mannschaften entstehen.

Die Vorlage wird unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der zweiten Lesung und darauf en bloc einstimmig in dritter Lesung und in der Schlußabstimmung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften.

Landwirtschaftsminister Braun: Es handelt sich auch hier um eine Maßnahme zur Steigerung unserer Produktion. Wir haben noch zirka anderthalb Millionen Hektar Oedländereien. Vielen Leuten, die infolge des Unglücks im Kriege ihre Existenz verloren haben, soll Gelegenheit geboten werden, auf eigener Scholle sich und ihre Familie zu ernähren.

Abg. Stendel (D. Vpt.): Jeden Gedanken der Sozialisierung der Landwirtschaft lehnen wir ab. Wo die Kultivierung Erfolg verspricht, werden meine niedersächsischen Landsleute diese auch ohne Zwang durchführen.

Minister Braun: In dem alten Tempo darf die Sache nicht weitergehen. Wir können nicht abermals siebenzig Jahre warten, bis die erfolgreiche Kultivierungsarbeit beendet ist. Der einzelne kann das meist gar nicht erfolgreich durchführen. Deswegen sind eben Genossenschaften notwendig.

Abg. Weihermel (Dn.): Wenn wir auch dem Grundgedanken zustimmen, so sind wir doch gegen manche Einzelheiten.

Die Abgg. Winter (Soz.), Müller (Ztr.), Kloußner (U. S.) und Dr. Boilert (Dem.) stimmen der Vorlage zu.

Das Gesetz wird unter Ablehnung mehrerer Anträge der Rechten und der Unabhängigen unverändert angenommen, ebenso in dritter Lesung en bloc gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr: Anträge und Eingaben.

Schluß 6½ Uhr.

Eine englische Meinung über Deutschland

(Von unserem hl.-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 5. Mai.

Der hervorragende englische Publizist Mister A. G. Gardiner, der 17 Jahre lang Chefredakteur der „Daily News" war, und jetzt einer der Direktoren des großen liberalen englischen Blattes ist, hatte mit dem Korrespondenten der „Nationalzeitung" eine längere Unterredung. Ueber die Stimmung in England gegenüber Deutschland äußerte er sich etwa folgendermaßen: „Je länger der Krieg in den Hintergrund tritt, desto mehr ist die Deutschland wenig wohlwollende Stimmung, die während des Krieges die öffentliche Meinung beherrschte, im Abflauen begriffen. Nicht nur durch die Zeit, sondern auch, weil neue Fragen aufgetreten sind, die mit dem Kriege und dessen Ausgang nichts mehr zu tun haben. Es wird immer deutlicher, daß die Probleme, denen England gegenübersteht, nicht nur nationaler Art sind, sondern, daß es Probleme sind, die in allen kriegführenden Ländern notwendigerweise auftauchen müssen. England sieht ein, daß es denselben geistigen, moralischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen gegenübersteht, wie Deutschland nach dem Kriege, wenn auch in einer weniger zugespitzten Form. Diese Tatsache trägt viel dazu bei, die alten Streitigkeiten zwischen den beiden Staaten zu mildern."

Auf die Frage, was man von der Konferenz in Spaa erwarten könne, erwiderte Mister Gardiner: „Der wichtigste Punkt der Besprechungen in Spaa ist die Tatsache der Besprechung selbst. Daß eine Besprechung überhaupt stattfinden wird, ist ein Symptom von größter Wichtigkeit. Ich persönlich habe schon seit langer Zeit zu mündlichen Verhandlungen geraten und habe stets empfunden, welcher Fehler es war, daß eine deutsche mündliche Aussprache nicht schon stattgefunden hat, ehe der Friedensvertrag Deutschland aufgezwungen wurde. Die Konferenz in Spaa eröffnet ein neues Kapitel der Geschichte und stellt die Tatsache fest, daß die Welt sich um einen kleinen Tisch versammeln muß und daß dem gemeinsamen Wohle nur durch gemeinsame Arbeit gedient werden kann."

Ueber die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund befragt, meinte er: „Ich halte es für absolut notwendig, daß Deutschland in den Völkerbund baldigst aufgenommen wird. Das ist notwendig, wenn wir die augenblicklichen Schwierigkeiten der europäischen Lage wirklich lösen wollen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß der Völkerbund der einzige Ausweg ist, wenn die Welt nicht auf militaristischer Grundlage wieder aufgebaut werden soll."

Nach seinen Eindrücken, die Gardiner in Berlin gewonnen habe, befragt, antwortete er: „13 Jahre sind vergangen, seitdem ich zuletzt in Berlin gewesen bin. Damals war es auch im Monat Mai. Ich sah damals das alte Regime in der vollen Höhe seiner Herrlichkeit, die Frühjahrsparade in Potsdam, große Festlichkeiten in Berlin. Die prunkvolle Fiktion des Kaisertums schien unerschütterlich zu sein. Jetzt kann aber niemand nach Berlin kommen, ohne sich des verheerenden Sturmes bewußt zu werden, der die alte Welt fortgefegt hat. Er äußert sich in dem ganzen Leben der Stadt, im Benehmen der Bevölkerung, in allen moralischen und politischen Anschten, die man hört und auch im Zustande der Straßen. Die Zeit der Hohenzollern ist vorbei, und soweit ich beurteilen kann, lebt hier ein Volk, das mit dem System des Militarismus gebrochen hat."

Neue amerikanische Lebensmittel

Eigene Drahtmeldung der „H. 3."

Basel, 5. Mai.

Die „Basler Nationalzeitung" erfährt aus Rotterdam ergänzend über amerikanische Lieferungen für Deutschland, daß die großen Bankhäuser in Chicago alle ihre Lager in Rotterdam, Amsterdam, Skandinavien und Hamburg sofort an Deutschland abgeben. 250 Millionen Kilogramm Brotgetreide gelangen ebenfalls zur Ablieferung und Verkaufungen wegen weiterer 150 Millionen Kilogramm sind im Gange. 25 Millionen Kilogramm Speck, die gleichen Mengen Schinken, 8 Millionen Kilogramm Käse, sowie Oele zur Verarbeitung von 50 Millionen Kilogramm Margarine, 10 Millionen Kilogramm Reis und 1½ Millionen Zentner Kartoffeln werden geliefert werden. Der Tilgungsplan läßt die Amortisation der Schuld erst im Jahre 1921 beginnen.

Der Mansfelder Gebirgskreis rüstet

Daß das industrielle Proletariat des mitteldeutschen Industrierevirs sich mit Macht zum entscheidenden Schlag gegen die Bourgeoisie und für die Sowjetdiktatur rüstet, ist männiglich bekannt. Weniger, daß auch das flache Land bei uns reiche und bunte Blüten des Kommunistensegens treibt. Wie es tatsächlich vielfach aussieht, dafür diene folgende Darstellung über die Zustände im Mansfelder Gebirgskreis als Beweis:

„Seit der Revolution befindet sich der Kreis unter dem Druck eines Landarbeiters Kuhn, Domäne Ermsleben, und seines Genossen Müller in Klostermansfeld. Der Kreis mit großenteils sehr schlechtem Boden wurde zu höchsten Löhnen und größtem Deputat der Provinz Sachsen gezwungen. Die Tarife bis 1. April 1920 sind bereits zweimal mit je 20 Prozent Aufschlag und Deputatzulagen gebrochen. Bei jedem Anlaß streikte Ermsleben und zwang die umliegenden Ortschaften, meist gegen den Willen der Arbeiter, ebenfalls dazu. Am 15. März erschienen unter Führung des genannten Kuhn 40 Ermsleber Arbeiter, um die Waffen der Einwohnerwehr abzufordern, die ihnen verweigert wurden. Nach 1½ Stunden erschienen über 1000 Mann mit inquisitorischen in Meisdorf ausgelieferten Gewehren und Maschinengewehren und erzwangen nach abermaliger Ablehnung Feuer gegen die 40 Mann starke Einwohnerwehr, wurden aber von dem hochgelegenen Gutsgarten bis gegen 5 Uhr nachmittags in Schach gehalten. Von dem Führer der Wehr, Oberstleutnant a. D. Freiherrn von Knigge, war ausdrücklich befohlen, erst zu schießen, wenn die Spartakisten anfingen, und möglichste Schonung zu üben, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden. Die Ermsleber eröffneten dann Verhandlungen, um abzuziehen, überfielen dabei verräterischerweise die Wehr, schossen auf sie und mißhandelten die einzelnen Leute. Im Gutsgarten wurden der Oberstleutnant und seine Schwester zu Boden geschlagen und mit Kolben und Knüppeln so lange bearbeitet, bis sie anscheinend tot waren. Der Tjährige Vater des Oberstleutnants ging offen auf eine vor dem geschlossenen Hoftor lärmende Horde zu, um mit den Leuten zu sprechen. Auf den Ruf „Feuer" wurde er ohne weiteres durch Herzschuß niedergestreckt. Nach einigen Tagen erschien Quedlinburger Reichswehr und nahm die Hauptheher in Ermsleben mit, sowie 7 M.-G.s und zwei 100 Gewehre. Während sämtliche Dörfer der Umgegend zur Abgabe der Waffen gezwungen waren, befinden sich aber ohne Zweifel noch viele Gewehre und viele Pistolen in Ermsleben in der Hand der Spartakisten. Diese stoßen dauernd Drohungen gegen eine Reihe bestimmter Personen aus. Man ist, da die Waffenabgabe nicht genügend betrieben wird, diesen Gesellen wehrlos preisgegeben.

Der Mörder des Herrn von Knigge läuft, obgleich er von einem Genossen bei der Vernehmung in Quedlinburg mit Namen genannt und auch der Oberstaatsanwaltschaft in Halle angezeigt wurde, noch frei in Ermsleben umher. Die ganze Gegend um Gernrode ist bewaffnet, und soll wie bestimmt verlautet, in rote Arbeiterkompagnien eingeteilt sein. Man befürchtet bei der Wahl Unruhen. Die Ermsleber erklären ganz offen, sie wären jetzt Regierung und ließen sich von Berlin nichts sagen, ebenfowenig von Magdeburg. Unter diesen Verhältnissen setzte Kuhn seinen neuen Tarif auf, mit entsprechend übertriebenen Forderungen. Niemand wagt zu widersprechen, da die Ermsleber sonst sofort streiken und Banden in die umliegenden Ortschaften schicken müßten baldigst durch Militär-Kommissionen Nachsuchungen nach Waffen stattfinden. Die Ermsleber und andere Besitzer wurden gezwungen, die Streikkasse zu zahlen. Mißliebige Beamte dürfen nicht wieder angestellt werden und werden mit Gewalt behelligt. Im benachbarten Aschersleben tauchen seit einiger Zeit gut gekleidet und reichlich mit Geld versehene russische Agenten auf. Die Regierung zuckt die Achseln, wenn sie von diesen Zuständen hört. In Ermsleben erhält jeder Arbeiter 8 Pfund Kartoffeln täglich pro Kopf und verlangt nach der Ernte 12 Pfund. Wo sollen da noch Kartoffeln gehaut, geschweige für die Städte geliefert werden! Letzteres macht vielleicht die Regierung doch etwas stutzig."

Herr Hänisch wird „national"

Die Einweihung der Bildungsanstalt Lichterfelde.

Berlin, 5. Mai.

Bei der heutigen feierlichen Uebernahme der Hauptkadettenanstalt, nunmehr staatlichen Bildungsanstalt Lichterfelde durch das preußische Unterrichtsministerium erklärte Minister Hänisch unter anderm, daß auch der neue Staat und gerade der neue Staat national im besten Sinne des Wortes sei. Des Ministers dringender Wunsch sei es, daß das Deutsche, die deutsche Sprache, Literatur, Geschichte und Kunst in den Mittelpunkt des neuen Erziehungswerkes gestellt werden und ihm das Gepräge geben. Der Minister betonte sodann, daß er jede Hineintragen der Parteipolitik in die Schule als eine Versündigung an der Jugend grundsätzlich ablehne, ohne unbedingt fordern müsse, daß die Jugend zur freudigen Bejahung des neuen Staates als einer geschichtlichen Tatsache erzogen werde.

Das Ende der alten Hauptkadettenanstalt hat noch einen „bedeutenden Abschluß" im Auftakt zum neuen Leben gefunden. Herr Hänisch, der sonst in Schulerlassen Jagd auf Kaiserbilder macht, hat angesichts der alten preußischen Schöpfung sein nationales Herz entdeckt. Er wird gefühlt haben, wie klein die ganze Kehrarbeit seines Ministeriums angesichts dieses heldenhaften Instituts ist, das nun der Bildungsarbeit Hänischer Art dienen soll. Auch seine Darlegung über „Parteipolitik in der Schule" wird man sich merken müssen, wenn er außerhalb der Sphäre preußischen Kadettengeistes wieder im ebertinischen Fahrwasser schwimmt. Sie ist zum mindesten für einen Minister des neuen Staates, der nichts anderes trieb als eben Parteipolitik, interessant und bemerkenswert.

Allgemeiner Bankbeamtenstreik in Bayern. Eine von über 3000 Personen besuchte Massenversammlung der Bankangestellten in München beschloß mit über 2700 Stimmen, sofort in den Streik einzutreten. Damit ist für die Bankangestellten ganz Bayerns die Entscheidung gefallen und der allgemeine Bankangestellten-Streik in Bayern eingezogen.

Letzte Sportnachrichten

Rennen zu Krefeld

(Eigene Drahtmeldung der „H. 3.")

Krefeld, 5. Mai.

1. Preis von Moers. 1. Champagne (Grätzke), 2. Lafdoch, 3. Jris. Tot.: 25, 18, 46 Ferner liefen: Wulfhard und Goldstrom.

2. Trarer-Jagdrennen. 1. Frei (Lewicki), 2. Altrom, 3. Schwesterchen. Tot.: 43, 11, 11. Ferner liefen: Annemarie und Biedermann.

3. Preis von Gelbern. 1. Uhli (Reiß), 2. Quellwasser, 3. Prise. Tot.: 82, 12, 12. Ferner lief: Eleonore.

— 4. Lenz-Jagdrennen. 1. Ari Burnu (Gorgas), 2. Hopmune, 3. Einbruch. Tot.: 96, 19, 26, 14. Ferner liefen: Courier, Panzer, Wer machts, Feldstein.

5. Rhein-Ausgleich. 1. Bummler (Karras), 2. Ladislaus, 3. Parma. Tot.: 145, 55, 40, 68. Ferner liefen: Hexenmeister, Toison, Blindgänger, Mörser, Atlas, Ahnung, Markgraf und Hottenstein.

6. Linner-Jagdrennen 1. Rheingold (Oertel), 2. Purpelmuse, 3. Wendula. Tot.: 44, 20, 45, 40. Ferner liefen: Siegfinde, Ben Tovato, Memlin, Holda, Sarne und Lausbub.

7. Preis von Cleve. 1. Nicolo † (Grätzke und Rocamadour †, 2. Emilius † und Kirchbach †. Tot.: 57, 24 auf Nicolo, 16, 16 auf Rocamadour, 13 auf Emilius und 14 auf Kirchbach. Ferner liefen: Treuberz, Cassierer, Husar, Pläswih.

(Nachdruck verboten.)

Bis in das Elend.

Ein Kampf um das Deutschtum.

Von Max Treu-Halle.

11)

Ein Schweigen entstand. Das ist etwas Seltsam-Geheimnisvolles, wenn Menschen, die einander liebgewonnen haben, in ernster Abschiedsstunde beieinander sitzen und die Herzen übervoll sind, aber doch keiner ein Wort zu sprechen vermag — wie wenig kann doch zuweilen die Sprache das ausdrücken, was durch ein armes jubelndes oder weinendes Menschenherz flutet!

Endlich fand ich das Wort wieder.

„Und Ihr Nachfolger bei uns?" so sagte ich. „Ist über diesen schon eine Bestimmung getroffen?"

Er zuckte mit den Achseln.

„Mir ist zu meiner Verwunderung davon nichts bekanntgegeben! Und es wäre mir doch so überaus lieb, wenn ich mit ihm erst noch eine gründliche Aussprache haben könnte, in Ihrem Interesse! Ich habe nur den Auftrag, bei meiner Abreise die Leitung der Arbeiten in die Hände des ältesten Aufsehers zu legen; mein Nachfolger treffe ungesäumt ein, und er werde dann für weiteres sorgen!"

Ich mag wohl leise geseufzt haben, denn in warmem und beruhigendem Ton fuhr Vokol fort:

„Ich habe eine schriftliche Instruktion für ihn hinterlegt und ihm alles darin gesagt, was ich in Ihrem Interesse und im Interesse des Dorfriedens, die doch auch unser, der Bahnbauer, Interesse bedeuten, zu erklären für nötig fand. Ich hoffe, mein Nachfolger wird nicht achtlos daran vorübergehen!"

„Ich danke Ihnen!" entgegnete ich und drückte kräftig seine Hand.

Wieder ein Schweigen. Dann sprach die Pfarrerin:

„Ist Ihre Mutter schon unterrichtet, Herr Vokol?"

„Sie weiß alles! Nur den Tag meiner Abreise konnte natürlich nicht auf mein Regiment komme ich durch meine Heimat, und ein Augenblick wird ja wohl übrig sein, um der Mutter Lebewohl sagen zu können."

„Und werden Sie wieder zu uns zurückkehren?" fragte ich.

„Wer kanns wissen!" antwortete Vokol bedeutsamen Tones. „Von dem Wege, den ich vor mir habe, kommen nicht alle zurück, die ihn frisch und gesund betraten. Kehre ich aber lebendig und arbeitsfähig aus dem Feldzug heim, so weiß ich auch dann noch nicht, was aus mir werden und wohin mein Schicksal mich verschlagen wird. Daß ich als Leiter des Bahnbaues wieder hierherkomme, glaube ich kaum; man wird meinem Nachfolger später das Amt nicht wieder abnehmen können. Aber kommen werde ich doch einmal, und ich hoffe, daß ich Sie alle gesund und froh wiedertreffe, daß der Dorffriede wiederhergestellt und Ihre Gemeinde in alter Sitte und Sprache bliibe und wachse! Das hoffe ich! Nun um", hier erhob er sich vom Stuhl, auf dem er gesessen, „meine Stunde ist da!"

Er reichte allen die Hand, zuletzt Hedwig, deren Hand er einen Augenblick fest in der seinen hielt.

„Leben Sie alle wohl! Friede und Glück wohne in Ihren Herzen und Friede und Glück kings um Sie herum! Mich aber, das bitte ich von ganzer Seele, vergessen Sie nicht, denken Sie täglich ein klein wenig an mich, und wenn ich wiederkehre, so nehmen Sie mich mit demselben Wohlwollen auf, mit dem Sie mich bisher beglückt haben! Leben Sie wohl, auf Wiedersehen!"

Und schnell hatte er noch einmal Hedwigs Hand ergriffen, neigte sich wortlos nieder und hauchte einen Kuß darauf. Dann wandte er sich rasch, und im nächsten Augenblick schon hörten wir die Haustür hinter ihm ins Schloß fallen.

Regungslos stand Hedwig auf derselben Stelle, da er ihr die Hand gegeben und einen Kuß darauf gedrückt hatte, und lauschte nach den Schritten des Davongehenden. Nun, als der letzte Schritt von der Gasse her verklungen war, wandte sie das Gesicht von uns ab und sagte:

„Ich muß nach Mariechen sehen, verzeiht!"

Ich aber hörte wohl, wie ihre Stimme leise bebte, und ich sah, wie sie mit zitternder Hand die Tür mehrere Mal vergeblich ins Schloß zu legen versuchte.

Die Pfarrerin sprach zu meiner Frau:

„Gott schütze ihn und gebe, daß er wiederkehrt!"

Eine kurze Weile danach hörten wir das Rollen eines in scharfem Trabe fahrenden Wagens von der Straße her. Wir traten zum Fenster und sahen Vokol — es war in der milden Frühlingsnacht ein offener Wagen genommen — zum Pfarrhaus herüberspähen. Er winkte, solange er im Gesichtskreis des Hauses blieb. Dann verhallte in der Ferne das Rollen der Räder, die tiefe, volle Stille der Nacht waltete ringsum, und nur von oben her, wo Hedwigs Zimmer lag, klang ganz leise das Klirren eines Fensterflügels der langsam, langsam von zögernden Händen geschlossen wurde.

* * *

8. Mai 1866.

Es ward ein Mann erschlagen!

Mich schaudert es, da ich das furchtbare Wort niederschreibe: Es ward ein Mann erschlagen!

Und zum dritten Male: Es ward ein Mann erschlagen!

Gestern zu später Abendstunde, beinahe wäre ich schon im Nachtgewand gewesen, kommt atemlos der Gemeindediener Rau an mein Haus, pocht an das Fenster und ruft mit einer Stimme, daß die Toten ihn hätten hören müssen:

„Schnell, schnell, Herr Lehrer! Kommen Sie sofort in die Radnicki-Wirtschaft, der Ortsvorsteher will Sie sprechen, er braucht Hilfe und zuverlässige Zeugen, die hören und sehen können! Und er läßt Ihnen sagen, Sie sollten Gewehr und Munition mitbringen, es könnte vielleicht scharf hergehen!"

Und ehe ich, aufs höchste erstaunt ob solcher Botschaft, noch eine Silbe fragen konnte, war Rau schon davon, und ich hörte nur, wie er an anderen Häusern klopfte und auch dort seine inhaltschwere Kunde an den Mann brachte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005061-18/fragment/page=0002

Der Beginn des Wahlkampfes

...le zum Reichstag gewählt wird

...gialistische Brüderdiktatur hatte wohl oder übel durch ...ung vom 30. November 1918 das Wahlgesetz zur Nationalversammlung ...lassen. Sozialistische Versuche, die Nationalversammlung auszuhöhlen kommen zu lassen, scheiterten. Bei den Wahlen zeigte sich, daß die Mehrheit des deutschen Volkes ...ialistisch ist, trotzdem die sozialdemokratischen Machthaber ...erung des Wahlrechts an Zwanzigjährige und Frauen ...der Wahlerstimmen verdoppelt hatten. Das kompliziertesten ...ahlen sich auf 150 000 Einwohner, einen Abgeordneten ...ahlen sich auf 150 000 Einwohner, einen Abgeordneten ...ne mehrmalige Stimmgebung mit streng gebundenen ...Die Verbindung von Wahlvorschlägen war zugelassen. ...der Abgeordnetensitze auf die Wahlvorschläge erfolgte ...dem d'Hondtschen System. Dieses Wahlverfahren, ...auch auf die preußische Landesversammlung übertragen wurde, hatte jedoch allerlei Mängel. Die einzelnen ...waren zu groß. Bei den 36 Wahlkreisen entfielen ...durchschnittlich 11 Abgeordnete auf einen Wahlkreis, die Abgeordneten lernten daher ihre Wahlkreise nicht genau kennen ...und nicht genügend Fühlung mit ihren Wählern. Die Verbindung wurde ausgerechnet von Mehrheitssozialisten im Namen der politischen — Moral bekämpft. ...Es kam heraus, daß die oft betrüchtlichen Reststimmen der ...aber war, daß die oft betrüchtlichen Reststimmen der ...Wahlkreise einfach unter den Tisch fielen, also umsonst ...gegeben wurden.

...Das neue Reichstagswahlgesetz versucht, gerechter zu ...Wahlberechtigt ist nach wie vor jeder Deutsche beiderlei ...Geschlechts vor 20 Jahren an. Wählbar ist er mit 25 Jahren. ...Es ist geheim usw., der Wahlzang und die Feststellung der ...Öffentlich. Jeder Wahlberechtigte muß in einer ...Liste oder einer Wahlkarte seines Bezirkes eingetragen ...werden. Der Wahlkarte gibt die Gemeinde dem Wähler eine ...solche Karte, die er in allen drei Teilen ausfüllt. ...Die Wählerliste, Teil 2 das Doppelstück, Teil 3 der ...Stimmzettel. Die Wählerliste oder Karte muß spätestens vier ...Wochen vor dem Wahltag acht Tage lang öffentlich ausgelegt ...werden. Die Stimmzettel müssen in amtlich gestempelten Umschlägen abgegeben werden.

...Bestimmungen gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung bestehen in der Neueinteilung der Wahlkreise und der Einführung des automatischen Systems, wonach die Mandatszahlen der einzelnen Parteien im gleichen Verhältnis zueinander stehen wie die Stimmengzahlen. Das Wahlsystem ist eingeteilt in 35 Wahlkreisverbände. Jeder Wahlkreisverband entfällt 1 bis 3 Wahlkreise, jeder Wahlkreis wieder ...Wahlbezirke, die mit den Gemeinden zusammenfallen. Die Leitung der Wahl hat ein Reichswahlleiter, der mit einem ...Reichswahlausschuß die Wahlergebnisse sammelt, eine Arbeit, die ...dem Reichsministerium des Innern erfolgte. Beim Kreiswahlleiter müssen spätestens 21 Tage vor der Wahl die Kreiswahlvorschläge, unterzeichnet von 50 Wählern des Kreises, eingereicht werden. Mehrere Kreiswahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Dadurch soll erreicht werden, daß Parteigruppen, die in einem Wählerkreis nicht die erforderliche Stimmenzahl aufbringen, gemeinsam mit Wählergruppen ihrer benachbarten Wahlkreis sich verbinden können. Nun ...Wahlkreise so eingeteilt, daß jeder etwa vier Abgeordnete wählt. 60 000 Stimmen sind für die Wahl eines Abgeordneten vorgeschrieben, d. h. der neue Reichstag würde etwa ...hundertzehn zählen. Die Reststimmen eines Kreiswahlkreises werden vom Kreiswahlleiter, wenn sie gebundenen ...Wahlvorschlägen angehören, dem Verbandswahlausschuß überwiesen, ...auf je 60 000 in dieser Weise gewonnene Reststimmen ...Mandat entfällt. Neben den Kreisvorschlägen ist ...Reichswahlvorschlag vorgesehen. Kandidaten, die ...Kreiswahlvorschlägen stehen, dürfen nicht in einem ...Landesvorschlag enthalten sein, es sei denn, daß für die ...Landesvorschlage erklärt wird, daß die Reststimmen dem ...Landesvorschlag zuzurechnen sind. Die Reichsliste hat ...ausschließlich Zweck der Verrechnung der Reststimmen der ...Wahlkreise. Die werden besonders von den großen ...Parteien benutzt werden. Die Mandate werden künftig also verteilt ...werden einmal auf Abgeordnete, die in ihrem Wahlkreise ...Stimmen erhielten, dann auf solche, die vom Reichswahlleiter ...aufgerufen sind nach der Reihenfolge, in der sie auf ...Landeswahlliste ihrer Partei stehen, wobei ebenfalls 60 000 Stimmen einen Abgeordneten ergeben. Das Prinzip: auf ...60 000 Reststimmen 1 Reichstagsmandat, wird also fast restlos ...verwirklicht.

...Das neue Reichstagswahlgesetz enthält also wesentliche ...Änderungen gegenüber dem Gesetz, unter dem die Nationalversammlung gewählt wurde. Einmal schaltet es die Wahlkreisverbände aus, es macht ferner die Wahlkreisverbindung entbehrlich und durch die Einführung kleiner Wahlkreise praktisch die ...Ehe zwischen Wählermasse und Abgeordneten wieder herstellen. Gewiß sind die Bedenken gegen die Reichswahlliste ...von der Hand zu weisen, daß nämlich Abgeordnete ins ...Amt kommen, die nicht unmittelbar vom Volke gewählt ...sind. Aber diese Reichswahlliste gibt den Parteien andererseits Gelegenheit, unabhängig von örtlichen ...Gegebenheiten berühmte Köpfe ins Parlament zu bringen, und zudem ...wird tatsächlich durch die Möglichkeit der Wahl in Wahlverbänden die Anzahl solcher Abgeordneter verhältnismäßig ...gering bleiben.

Reichskonferenz der S. P. D.

Ein Fußtritt für die Koalition.

...Im großen Sitzungssaale des Reichstages in Berlin begann ...gestern vormittag die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen ...Partei Deutschlands, deren Aufgabe es ist, die Stellung der ...Partei im bevorstehenden Wahlkampf festzulegen. ...Parteiführer Otto Wels, der infolge eines ...Unfalls am Erscheinen verhindert ist, eröffnete das Mitglied des ...Vorstandes Bartels-Berlin die Konferenz mit einer ...Ansprache, in der er ausführte:

...Der Kapp-Putsch hat in der Parteigruppierung eine ...gewaltige Klärung gebracht. Nach dem Kapp-Putsch hat sich ein ...Block nach links homerkbar gemacht, der die bürgerlichen ...Parteien mit einem gewissen Klassenschrecken erfüllt hat. Diese ...Kreise haben dazu geführt, die Zweckmäßigkeit der Koalition in ...demokratischen Kreisen stark zu diskreditieren. Bringt ...die bevorstehende Wahl eine sozialistische ...Mehrheit, dann werden wir mit Freude und ...Befriedigung der Koalition von den Ähren ...gehen. Bei einem ähnlichen Stärkeverhältnis wie bisher aber ...muß eine Koalition nicht zu umgehen sein. Dann aber kann ...es nur eine Ausdehnung nach links in Frage kommen. Für ...die kommenden Wahlen, deren Auftakt die heutige Konferenz ist, ...lautet die Parole: „Der Feind steht rechts."

...Dann wird in die Tagesordnung eingetreten, deren einziger ...Punkt lautet: „Die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen." Hierzu nimmt das ...Wort als Referent Abg. Oberbürgermeister Scheidemann. ...Er beginnt mit einem belanglosen Rückblick auf den ...Verlauf der Tagung im Jahre 1917 und seine damals bei ...der Gelegenheit gemachten Ausführungen, die er zitiert. ...Scheidemann führt dann fort: Ich bin kein unbedingter ...Anhänger der Koalition. Aufgabe unserer Mäßer muß ...es, durch ihre Entscheidung eine Koalition überflüssig zu ...machen. Damals war es nur durch die Koalition möglich, in der Nationalversammlung eine große republikanische Mehrheit zu schaffen. Sie war nur eine Hilfskonstruktion. Aber ohne sie hätte die Republik nicht einmal wenige Monate leben können. Die deutsche Republik hat jetzt die schlimmste Gefahrenzeit überwunden, sie konnte es nicht ohne die Koalition. Natürlich erst: wir eine rein sozialistische Regierung ohne Koalition. Aber auch diese ist kein Weihnachtsmann, der jedem bringt, was er sich wünscht. Mit einer sozialistischen Regierung ist wohl der Anfang, aber noch nicht das Ende des Weges gefunden. Eine sozialistische Regierung kann notwendige Entwicklungsstufen nicht überspringen. Was unsere Stellung zum Räterystem betrifft, so stehen wir diesem, solange es nur ein politischer Taschenspielertrick ist, um einer Minderheit die Macht zu verschaffen, ablehnend gegenüber. (Sehr richtig!) Das wirtschaftliche Räterystem kann sich zu einem wichtigen Organ des Wirtschaftslebens entwickeln. Ich komme nun zur Frage der „Opposition oder Koalition". Wir sind nicht aus unwiderstehlicher Liebe zu den Demokraten und zum Zentrum in die Koalition gegangen, sondern aus einer Notlage heraus. Es gibt nur ein Mittel, die Notwendigkeit der Koalition auszuschließen: nämlich, so stark zu werden, daß man die Koalition nicht mehr braucht. Und ich empfehle den Genossen, die am meisten mit der Koalition unzufrieden sind, bei den kommenden Wahlen kräftig dafür zu sorgen, daß wir ohne Koalition auskommen.

Einen kräftigeren Fußtritt kann man wohl den demokratischen und Zentrumsfreunden nicht versetzen, als wenn man ihnen unverblümt erklärt, sie seien gerade gut genug zum Sprungbrett gewesen. Hoffentlich denkt das Bürgertum am 6. Juni an diese schönen Worte und denkt auch daran, was es den Koalitionsparteien zu verdanken hat.

*

Die U. S. P. eröffnete gestern abend in Berlin den öffentlichen Wahlkampf mit einer Reihe von Massenversammlungen. Es sprach beispielsweise im Saal des Gewerkschaftshauses Crispien. Es bleibe den klassenbewußten Arbeitern nichts weiter übrig, als die Faust in die Tasche zu stecken und die Produktion lahm zu legen. Durch jede Putschaktion wird, das hat die Erfahrung gelehrt, die Anhängerschaft der U. S. P. verstärkt. So wird man denn schließlich sich stark genug fühlen können, um mit der Waffe in der Hand das Proletariat zu befreien. (Großer Beifall.) Wenn die Arbeiterschaft geschlossen zusammen steht, bildet sie eine Armee, die unüberwindlich ist, während die Regierung jetzt nur Landsknechte zur Verfügung hat. Der Kampf des Proletariats wird nicht durch den Wahlkampf, sondern durch die Aktion der Massen entschieden werden. Dann muß ein revolutionärer Rätekongreß einberufen werden, der unter Ausschaltung der Demokraten eine proletarische Regierung bildet. Dann muß man sofort den großen Grundbesitz enteignen, die Vermögen beschlagnahmen und die Güter der Hohenzollern und der anderen Fürsten ohne Entschädigung enteignen. Der Wahlkampf werde geführt nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch gegen die Rechtssozialisten, welche die Arbeiterschaft irreführen. Die U. S. P. beteiligt sich an den Wahlen zum Reichstag, weil sie nicht die Macht hat, das bürgerliche Parlament zu beseitigen. Sie geht ins Parlament, um zu verhindern, daß die Arbeiterschaft noch weiter verelendet.

Wiemer und die Demokraten

Es ist zum Beginn des Wahlkampfes ganz nützlich, daß sich die Männer in und aus der Demokratie kräftig die Meinung sagen. Das trägt zur Klärung des Urteils über diese Partei nicht unerheblich bei. Nachdem die demokratische Presse in Herrn Wiemers Person die ganze Partei gebührend herabgesetzt hat, wehrt sich nun der Angegriffene im „Lokalanzeiger" seiner Haut, und auch dabei fallen wieder demokratische Späne. Man liest da mit Interesse folgendes:

„Es ist gekommen, wie ich vorausgesagt habe: seit langem gärt es in der Partei, die Unzufriedenheit ist ständig gewachsen, zahlreiche Anhänger der Demokratie haben sich enttäuscht vom politischen Leben zurückgezogen oder verbittert der Partei den Rücken gekehrt, darunter bewährte Parteifreunde, die ihr Leben lang für Freiheit und Fortschritt erfolgreich gekämpft haben. In den Organisationen der Partei herrscht häufig unfruchtbarer Streit und persönlicher Hader; bewährte Führer sind, mitunter auf bolschewistische Manier, beseitigt worden, die Führung ist nicht selten in die Hände von Persönlichkeiten gelangt, denen die zur Leitung und Zusammenfassung der Kräfte nötige Erfahrung und Personenheit fehlt. (Man denkt hier unwillkürlich an den Abg. Dr. Schreiber in Halle! Die Red.) Immer stärker ist die Mißstimmung darüber geworden, daß die Partei „im Anhängewagen" hinter der Sozialdemokratie einherkutschiert. In der Erklärung der Leipziger Seaessionisten ist klar ausgesprochen, was weite Wählerkreise denken, daß die demokratische Partei es nicht verstanden habe, sich eine ausreichende Selbständigkeit in der Regierungskoalition zu wahren, sondern sich der Führung der Sozialdemokratie völlig untergeordnet habe. Es ist ungeheuer wahrscheinlich, gegen diese Unzufriedenen von der Redaktionsstube aus giftige Pfeile, in Hohn und Spott getauscht, zu versenden, von bedeutungslosen Statisten, von unbekannten Lokalgrößen, von gekränkter Eitelkeit, unbefriedigtem Ehrgeiz zu reden — fast scheint es, als könnten manche Leute sich nicht mehr vorstellen, daß es auch Menschen mit anständiger Gesinnung gibt —, sicher ist jedenfalls, daß eine stattliche Zahl derer, die heute der Partei den Rücken kehren, in jahrzehntelanger, stiller, opferfreudiger, selbstloser Parteiarbeit mehr für den demokratischen Staatsgedanken geleistet hat, als jene „November-Demokraten", die heute vielfach das große Wort führen.

Man täusche sich darüber nicht: die Erbitterung über die Mißerfolge und Fehler der heutigen Regierungskunst, über das Versagen der Mehrheitspolitik, über die mangelnde Leistungsfähigkeit des Parlaments hat die weitesten Volksschichten ergriffen, insbesondere aber den schwer geprüften Mittelstand und selbst proletarische Existenzen, die bisher alles Heil von der Sozialdemokratie erwarteten. Die Empfindung ist allgemein: „So geht es nicht weiter!" Es gibt, so glauben mit mir viele, nur einen Weg, der noch Aussicht auf Rettung vor dem Zusammenbruch bietet: Alle auf dem Boden der Verfassung stehenden, zur Mitarbeit am Wiederaufbau bereiten Volkskräfte müssen sich vereinigen in dem Entschluß, bei der kommenden Wahl bestimmenden Einfluß auf die Mehrheitsbildung und damit den Regierungskurs zu gewinnen.

Man wird finden, daß das, was Herr Wiemer jetzt vor den Wählern seiner bisherigen Partei ins Stammbuch schreibt, von den Deutschnationalen schon seit Jahr und Tag vertreten worden ist.

*

Der bisherige Angehörige der Demokratischen Partei Ministerialdirektor Bredow legte in einer Versammlung in Dahlem die Gründe dar, die ihn und seine Freunde zum Uebertritt in die Deutsche Volkspartei bestimmt hätten — Stadtrat Dr. Wiemer hat eine Kandidatur für die nächsten Reichstagswahlen abgelehnt, da er sich die Hände für den Ausbau der Parteiorganisation freihalten will. — In Leipzig sind außer den bereits mitgeteilten Persönlichkeiten noch folgende bisherige Mitglieder der Demokratischen Partei aus dieser ausgetreten, um sich der Deutschen Volkspartei anzuschließen: Otto Krüger, Geschäftsführer, Alfred Rothe, Direktor, Richard Schmidt, Geh. Kommerzienrat, Fritz Schönfelder, Bankdirektor, Paul Schnabe, Verbandssekretär, Arthur Wickenhorn, Druckerei.

...Frankfurt ohne Polizei. Da nach Ablieferung der Waffen der 1500 Mann starken Polizei nur ungefähr 500 Gewehre verbleiben, glaubte der Polizeipräsident die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe nicht mehr tragen zu können, und bat die Regierung um Enthebung vom Amte oder Rückgängigmachung des Befehls. Gleichzeitig machte er von seinem Entschlusse dem General Bidalon Mitteilung.

Halle und Umgebung

Halle, 6. Mai.

Die Technische Nothilfe während des Generalstreiks

Während des Generalstreiks sind im Reich, einschließlich Berlin, insgesamt 12 743 Nothelfer eingesetzt worden. Von dieser Zahl entfällt auf die Reichshauptstadt über ein Drittel. Hinsichtlich der Betriebsarten beanspruchte naturgemäß die Aufrechterhaltung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke den Hauptanteil. Es wurden von diesen Werken insgesamt 114 mit 8811 Nothelfern in Betrieb genommen. Die Zahlen verteilen sich so, daß auf Gas 5145, Wasser 1019 und Elektrizität 2047 Mann entfallen. Bei der Eisenbahn und ihren Betriebswerkstätten war die Nothilfe mit rund 1760 Nothelfern eingesetzt. Die Post benötigte 313 Mann, davon allein München 300. Die Schiffahrt erforderte 119 Nothelfer, wobei es hauptsächlich galt, Getreideladungen zu entladen. In rund 12 Krankenhäusern und Kliniken waren Nothelfer und Nothelferinnen tätig. Der Rest entfällt auf Lebensmittelbetriebe, Bäckereien, Mühlen, Verkaufsstellen, Gruben usw. Auch auf Friedhöfen mußten in Berlin, Kiel und Weimar zur Beerdigung Verstorbener Nothelfer tätig sein. Die Dauer des Gesamteinsatzes im Reich war nach den einzelnen Gegenden verschieden. Am längsten blieben die Arbeiter der Berliner lebenswichtigen Betriebe im Streik, durchschnittlich 10 Tage. Der Einsatz mußte erfolgen in 40 Städten und an 203 Einsatzstellen.

*

Ueber die Zusammensetzung der Technischen Nothilfe sind anläßlich des Generalstreiks die widersprechendsten Gerüchte verbreitet worden. Ein klares Bild darüber, wie die Berufe bei der Technischen Nothilfe vertreten sind, gibt nachfolgende statistische Aufstellung über die berufliche Zusammensetzung der beim kürzlichen Generalstreik in Berlin eingesetzten Nothelfer. Es waren danach als Nothelfer tätig:

42 % Angehörige der technischen Berufe, 23 % Studenten und Schüler, 22 % Arbeiter, 4 % Lehrlinge, 3 % Frauen und Mädchen, 2,5 % Beamte, 2 % Berufs- und Arbeitslose, 1 % Offiziere und 0,5 % Sanitätspersonal.

Der Mitgliederstand des Landesbezirks Berlin-Stadt erhöhte sich während der Streiktage um über die Hälfte seines ganzen bisherigen Bestandes.

— Die Reichstagskandidaten der Deutschen Volkspartei im 13. Wahlkreis. Die Deutsche Volkspartei im 13. Wahlkreise hat in ihrer Landesverbandsversammlung in Halle ihre Kandidatenliste für die bevorstehende Reichstagswahl festgesetzt: 1. Rechtsanwalt Dr. Cremer-Dortmund; 2. Landwirt Becher-Wolfswinkel; 3. Postsekretär Holler-Halle; 4. Malermeister Maifahrt-Mockrehna; 5. Schlosser Hermann-Halle a. S.; 6. Frau Apotheker Graebel-Zeitz; 7. Kaufmann Fricke-Roßla; 8. Pastor Pritze-Königsroda; 9. Dr. phil. Raymund-Querfurt; 10. Geheimrat Finger-Halle a. S.; 11. Dr. Mittelmann, M. d. N., Stettin.

— Beamten-Hochschulkurse. Der Verkauf der Hörerscheine für das Sommersemester findet am Donnerstag, den 6., Freitag, den 7. und Sonnabend, den 8. Mai von 5—7 Uhr nachmittags in der Geschäftsstelle „Augustiner-Bräu", Mittelstraße, statt. Semesterbeginn 11. Mai.

— Hallischer Lehrer-Verein. In der Sitzung am 4. Mai begrüßte Rektor Saupe die heimgekehrten Gefangenen, dankte ihnen für ihr opfervolliges Leiden und lud sie ein, an der Wiederaufrichtung und Gesundung des Vaterlandes durch Hebung der Volksschule mitzuwirken. Der Verein beschloß, das Schulmuseum des Hall. Lehrer-Vereins, das nach fachmännischem Schätzung einen Wert von 150 000 M. darstellt, der Stadt zu überweisen mit der Forderung eines jedesmaligen Vorschlagsrechtes für die Wahl des Museumsleiters und eines jährlichen Beitrages zur Erweiterung der Sammlungen. Der Vorsitzende dankte Herrn Koll. Leonhardt für seine selbstlose Arbeit im Dienste des Museums. — Koll. O. Hecht berichtete über die neuen Satzungen des Deutschen Lehrer-Vereins, der nach „gewerkschaftlichen Grundsätzen" arbeiten will, ohne seine alten Kultur- und Bildungsziele zu opfern. Dann wurde die Vertreterversammlung des Deutschen Lehrer-Vereins besprochen. Angenommen wurde ein Antrag des Koll. O. Schmidt, auch eine Beurlaubung der nur zuhörenden Lehrer zu dieser Versammlung zu erwirken. Zum Schluß berichtete Koll. Lorenz über Verhandlungen des Hall. Beamten-Ausschusses betreffs der Besoldungsfrage und Koll. Nedslob gab Zahlenbeispiele für die neuen Gehaltsstufe. — Die 28. Vertreterversammlung des Deutschen Lehrer-Vereins, der 150 000 Lehrer umfaßt, findet am 13. und 14. Mai morgens 9 Uhr in der „Saalschlußbrauerei" statt. Am Donnerstag, den 18. Mai, abends um 8 Uhr spricht in einer öffentlichen Volksversammlung im „Wintergarten" Rektor Tittel über „Die Schule im Volksstaat". — Das Schulmuseum des Hallischen Lehrer-Vereins im Turnsaalgebäude der Alten Volksschule, Neue Promenade 13, wird am 8. Mai abends um 8 Uhr wieder eröffnet. Gäste sind herzlich willkommen.

— Die Wohltätigkeitsvereinigung der Zigarrenspitzensammler in Halle hielt kürzlich ihre Monatsversammlung im „Ratskeller" ab. Die aus freiwilligen Geldbeträgen sowie Verkauf von Zigarrenköpfchen, Zigarrenbändern, Flaschenkapseln, Silberpapier und alten Metallteilen zur Unterstützung bedürftiger Waisen gewonnenen Mittel reichen bei den jetzigen teuren Preisen nur in geringem Maße aus, um den Zweck der Vereinigung zu erreichen. Die Vereinigung bittet daher Damen und Herren aller Kreise, solche Gegenstände mit zu sammeln und sobald als möglich abzuliefern, um wieder eine größere Anzahl Mädchen und Knaben zu versorgen. 1918 waren es 80 Kinder, während 1919 nur 23 berücksichtigt werden konnten. Spenden werden in der Hauptzentrale, Herr Lehmann, Leipzigstraße 88, in durch Plakate bezeichneten Stellen und durch den Leiter der Vereinigung, Kaufmann Reinhold Ajmann, Große Ulrichstraße 49, angenommen.

— Die Allgemeine Ortskrankenkasse des Saalkreises gibt in Ergänzung unserer ausführlichen Darstellung in Nr. 173 vom 28. d. M. bekannt, daß die nach amtlicher Bestätigung der Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 15 000 Mark Jahresarbeitsverdienst versicherungspflichtig gewordenen Personen innerhalb vier Tagen bei der Meldestelle in Halle — für Zahlstelle Ammendorf bei der dortigen Meldestelle — anzumelden sind.

— Die künftige Kartoffelbewirtschaftung ist bekanntlich zurzeit Gegenstand eingehender Beratungen zwischen der Regierung einerseits und den großen Organisationen der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels andererseits. In den beteiligten Kreisen erwartet man mit aller Bestimmtheit das Zustandekommen einer Vereinbarung, die dann die Grundlage für die Kartoffelversorgung nur allem der größeren und mittleren Städte sowie der dicht bevölkerten Industriegebiete, daß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005061-18/fragment/page=0003

und des nächsten Wirtschaftsjahres sein wird. In seiner am 11. und 12. Mai d. J. im Weinhause „Rheingold" in Berlin stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung wird der Verband Deutscher Kartoffel-Interessenten sich mit den neuen Plänen zur Durchführung der Kartoffelversorgung beschäftigen. In den beteiligten Kreisen sieht man dieser Tagung mit großem Interesse entgegen.

— **Falsche Zuckermarken** sind nach einer Meldung der Zuckerstelle für die Provinz Sachsen in Umlauf. Kennzeichen: Es fehlt das große rote lateinische „S" und die Perforierung. Vorzeiger solcher Marken sind anzuhalten.

— **Verdi-Puccini-Abend.** Der Tenor Karl Wilhelm Burt vom hiesigen Stadttheater veranstaltet am Dienstag, den 11. Mai, abends um 7½ Uhr im Konzertsaal der Loge zu den fünf Türmen (Albrechtstraße) einen Arien- und Duettenabend aus Opern Verdis und Puccinis. Als Partnerin hat er die Münchener Opernsängerin Clarisse Doerstedt gewonnen, die schon in zahlreichen Städten Deutschlands mit bestem Erfolg konzertierte. Die Begleitung hat Herr Ernst Kramer vom i. Halleschen Konservatorium übernommen. Zum Vortrag gelangen Arien und Duette aus „Aida", „Troubadour", „Rigoletto", „Bohème", „Butterfly". Karten zu 5,80 M., 4,60 M., 3,40 M. und Stehplätze zu 2,25 M. bei Hothan und an der Abendkasse.

— **Frau Diana Mahlendorff** gibt am Montag, den 17. Mai, im Saal der „Loge zu den fünf Türmen" (Albrechtstraße) ein Konzert unter freundlicher Mitwirkung von Frances van Eysinga, Konzertsängerin aus Holland. Kartenvorverkauf durch die Konzertdirektion Siegfried Kummerehl in Musikalienhandlung Albert Manthey, Große Ulrichstraße 12.

— **Folgende Zeitbilder** hängen in unserer Geschäftsstelle aus: Boxkampf zwischen dem Schwergewichtsmeister Flint (rechts) und Breitensträter (links). Breitensträter besiegte Flint und nahm diesem den deutschen Schwergewichtsmeistertitel ab. — Das neue motorlose Segelflugzeug. Das Bild zeigt den unbesponnten Apparat. Der Erfinder hat mit seinen früheren Modellen bereits Flüge von 850 Mtr. Länge ausgeführt. — Beisetzung der Opfer der Explosionskatastrophe in Rothenstein bei Königsberg (Pr.). Ein Teil des kilometerlangen Trauerzuges.

Familien-Nachrichten

Geburt: K. Bernau (Tochter).

Verlobungen: Adele Jastrowitz und Hermann Jastrowitz. — Erna Wilde und Fritz Leonhäuser, Berlin.

Vermählung: Willi Menisch und Malchen Eber.

Todesfälle: Am 3. Mai Willy Vesting im 8. Lebensjahr. — Am 4. Mai Lehrer Wilhelm Klotzsch im 77. Lebensjahr.

Provinz Sachsen

Die Gothaer Unabhängigen interpellieren den Staatsrat von Thüringen wegen der Reichsexekution.

Aus Weimar wird uns gemeldet:

Nachdem die dem Volksrat für Thüringen angehörigen Unabhängigen des ehemaligen Gothaischen Landtages und der ehemaligen Staatsregierung schon wiederholt das Einschreiten der Reichsbehörden zum Gegenstand der Diskussion zu machen suchten, haben sie sich jetzt in einer Interpellation an die Regierung des Landes Thüringen (Staatsrat) gewandt, um diese zu einer klaren Stellungnahme zum Vorgehen der Reichsregierung zu veranlassen. Die Interpellation lautet: „Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 10. April d. J. auf Grund von Artikel 48, Abs. 1 der Reichsverfassung die Reichsexekutive gegen das Land S.-Gotha angeordnet. Nachdem mindestens seit dem 19. März d. J. verfassungsmäßige Zustände in S.-Gotha wiederhergestellt sind, ist für den Reichspräsidenten die Voraussetzung nicht gegeben. Der auf Grund dieser Verordnung vom Reichsminister des Innern eingesetzte Reichsregierungskommissar hat die verfassungsmäßige Landesregierung in ihrer innerhalb der Landesverfassung und -gesetzgebung gelegenen Tätigkeit behindert und so die verfassungsmäßige Ausführung von Landesgesetzen, die Regelung von Dienstverhältnissen von Landesbeamten sistiert. Der Reichsregierungskommissar hat durch eine, von ihm so bezeichnete, Verordnung vom 23. April angekündigt, daß die Landesversammlung aufgelöst wird und am 30. Mai eine Neuwahl stattfinden soll. Der Reichsregierungskommissar hat ferner die für den 23. April d. J. ordnungsgemäß einberufene Sitzung der Landesversammlung durch Gewalt verhindert und den Abgeordneten bedeutet, daß er sie bei dem Versuch, den Sitzungssaal zu betreten, verhaften lassen wird. Er hat die Landesversammlung durch Mitteilung an den Präsidenten aufgelöst und jede Einberufung und Tagung verboten. Die Landesregierung hat sich mit Rücksicht auf diese Lage mit Ausnahme der Wahrnehmung der Geschäfte der Vertretung des Landes Sachsen-Gotha im Staatsrat von Thüringen beurlaubt. Wie bereitet der Staatsrat von Thüringen diese Maßnahmen des Reichsregierungskommissars mit seiner Stellung als Landesregierung von Thüringen? Ist der Staatsrat bereit, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die Reichsexekutive gegen Sachsen-Gotha eingestellt wird?"

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß die Regierung von Thüringen eine der Reichsregierung entgegengesetzte Stellung einnehmen wird, aber man darf gespannt sein, wie sie ihre Stellungnahme formulieren und begründen wird.

g. **Burgliebenau**, 6. Mai. (Verpachtung von Grasnutzungen.) Bei der kürzlich stattgehabten Verpachtung der der Gemeinde gehörigen Grasnutzungen, die von alters her fast stets in denselben Haushaltungen verblieben waren, machte sich auch ein wesentlicher Preisaufschlag geltend, indem einige fremde Bewerber auftraten. Parzellen, welche sonst durchschnittlich 8 Mk. kosteten, wurden um das Fünffache gesteigert und kamen mit 40 Mk. und noch höher an den Mann.

— **Braunschweig**, 5. Mai. (50jährige Jubelfeier.) Das Diakonissen- und Krankenhaus Marienstift in Braunschweig feiert am 5. Mai das Fest des 50jährigen Bestehens. Eine Festschrift bietet in ihrem Ueberblick auf 50 Jahre den Beweis für die mannigfache christliche Liebestätigkeit und den reichen Segen, der von der Wirksamkeit des Marienstiftes ausgegangen ist.

— **Magdeburg**, 5. Mai. (Hochbaunormung Sachsen-Anhalt.) Auf Einladung der Wohnungsfürsorgegesellschaft für die Provinz Sachsen, der „Mitteldeutschen Heimstätte" in Magdeburg, treten am 28. April d. J. in Magdeburg Vertreter des Oberpräsidiums, der drei Bezirksregierungen der Provinz, des Staatsrates Anhalt, der größeren Städte, der Siedlungs- und Baugenossenschaften, der Handels- und Handwerkskammern, der technischen Schulen und der freien Architektenschaft der Provinz zu einer Beratung über die Gründung eines Ausschusses für Hochbaunormen zusammen. Regierungsbaumeister Jobst, der Geschäftsführer der „Reichshochbaunormung", legte einführend die große Bedeutung des Normen-Gedankens dar und wies nach, daß die früher gehegten Befürchtungen, die Normung könnte eine Schädigung der kleinen Handwerker oder der künstlerischen Tätigkeit der Architekten hervorrufen, keineswegs zutreffen. Anschließend berichtete Baurat Mühlner von der „Reichshochbaunormung" über den Aufbau der mit der Normung befaßten Organe und legte die für die Arbeit der einzelnen Ausschüsse aufgestellten Richtlinien dar. Die Ausführungen jener beiden Redner fanden in der Versammlung ungeteilte Zustimmung und die Gründung einer „Landesgruppe des Normungsausschusses" der Deutschen Industrie, Hochbaunormung Sachsen-Anhalt" wurde beschlossen. Zur Vorbereitung der weiteren Arbeiten wurde ein engerer Ausschuß, aus 15 Vertretern der oben genannten Körperschaften bestehend, gewählt. Den Vorsitz im engeren Ausschuß führt der Bezirkswohnungs-Aufsichtsbeamte in Magdeburg, Regierungs- und Baurat Geh. Baurat Behrendt, die Geschäftsführung liegt in Händen der Mitteldeutschen Heimstätte in Magdeburg.

tzk. **Weimar**, 4. Mai. (Der Verband Thüringer Ortskrankenkassen) veranstaltete gestern und heute im Volkshaus hier eine Konferenz der Geschäftsführer und Vorstehenden. Gegenstand der Beratungen bildete die Neuordnung zufolge die Aufstellung einer möglichst einheitlichen Ordnung für die Angestellten in den Thüringer Ortskassen, die Neuregelung der Grundlöhne und Lohnzulagen, Arztfrage und verschiedene andere Angelegenheiten, deren Erledigung sich bis zum ordentlichen Verbandstag nicht aufschieben läßt.

— **Erfurt**, 5. Mai. (Wieder ein mandatsmüder demokratischer Abgeordneter.) Dr. Ludewig, Landrat in Erfurt, bisher demokratischer Abgeordneter für den Wahlkreis 36 (Thüringen, Erfurt und Schmalkalden) kandidiert nicht wieder.

Volkswirtschaft der „H. Z."

Industrie, Handel, Handwerk

Zementverteilungssitzung. Aus dem Bericht über die Bewirtschaftung im Monat März ging hervor, daß die Kohlenbelieferung auf etwa 82 000 Tonnen gestiegen, das Kontingent also um ein Geringes überschritten ist. Der Versand betrug 128 000 Tonnen, so daß die einzelnen Verbrauchsgebiete über das im Februar festgesetzte, voraussichtlich zu liefernde Quantum beliefert werden konnten. Anmeldungen und Bedarf für Monat Mai stellten sich auf etwa 260 000 Tonnen. Ueber die Aussichten der Kohlenbelieferung für den kommenden Mai äußerte sich der Vertreter des Reichskommissars für die Kohlenverteilung zuversichtlich, betonte aber auf verschiedene Anfragen, daß eine weitere Erhöhung über das jetzt bestehende Kontingent von 100 000 Tonnen hinaus zurzeit unmöglich sei. Von einem Vertreter der Reichsvermögensverwaltung Koblenz wurde auf die Schwierigkeiten der Baustoffbeschaffung im besetzten Gebiet hingewiesen. Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums berichtete von einem Ausgleich der Verbandskontingente dahingehend, daß Rheinland und Westfalen mehr Zement für Hochbauten, dagegen weniger für Wasser- und Tiefbauten zu liefern haben. Die endgültige Verteilung auf die einzelnen Verbrauchsgebiete wurde bei Annahme einer voraussichtlichen Produktion von 110 000 Tonnen wie folgt vorgenommen: Berghau 14 850 Tonnen, Hochbauten 44 000 Tonnen, Wasser- und Tiefbauten 23 100 Tonnen, Eisenbahnbauten 13 750 Tonnen, Postbauten 3300 Tonnen, Kleinbahnel 11 000 Tonnen. Außerdem soll ein besonderes Kontingent für Bergarbeiterwohnungen in Höhe von 10 000 Tonnen errichtet werden.

Betriebseinschränkungen in der Leder- und Schuhindustrie. Zahlreiche Fabriken der Textil-, Leder- sowie Schuhindustrie Thüringens, z. B. in Weida, Saalfeld und Wünschl, nahmen Betriebseinschränkungen vor, da infolge der Zurückhaltung der Käufer Aufträge fehlen und das Arbeiten auf Lager zu große Risiken einschließt.

Londoner Wollauktion. Auf der gestrigen Wollauktion wurden 11 103 Ballen angeboten. Gute Sorten Merinos wurden zum vollen vorigen Preise lebhaft begehrt. Dagegen lagen mittlere und geringere Sorten andauernd schwach. Von dieser Ware wurden mehrere Partien vom Kauf zurückgezogen, da die von den Käufern gebotenen Preise nicht zufriedenstellend waren.

Geldmarkt und Banken

Durchführung von Artikel 260 des Friedensvertrages. Vom Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes wird mitgeteilt: „Auf unsere Anfrage ist uns von maßgebender Seite bestätigt worden, daß die bis zum 15. Mai 1920 zu erfüllende Anmeldepflicht auf Grund der Bekanntmachungen vom 27. März 1920 und 14. April 1920 zur Durchführung des Artikels 260 des Friedensvertrages (betreffend Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger an allen öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in Rußland, China, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, der Türkei usw.) sich nicht auf Obligationen bezieht, gleichviel, ob diese dinglich gesichert sind oder nicht. Bekanntlich wird von beachtenswerter juristischer Seite auch die Anmeldepflichtigkeit von Aktien jeder Art verneint, da nicht der Aktionär, sondern die Gesellschaft an den von dieser betriebenen Unternehmungen Eigentumsrechte besitzt. Jedenfalls kann noch Unsicht der zuständigen Stellen unbedenklich davon ausgegangen werden, daß Aktien und Anteile, die an deutschen Börsen amtlich notiert werden, nicht angemeldet zu werden brauchen, da die Tatsache, daß Aktien dieser Gattungen in deutschem Besitz sind, ohnehin offenkundig ist, desgleichen kann angenommen werden, daß Aktionäre in Deutschland ansässiger Gesellschaften ihre Aktien nicht anzumelden haben, da die Anmeldung der im Eigentum dieser Gesellschaften stehenden Konzessionen und Unternehmungen öffentlichen Nutzens der Gesellschaft selbst obliegt. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Anmeldung aus Artikel 260 nichts mit derjenigen der Urkunden und Wertpapiere zu tun hat, die sich auf Güter, Rechte und Interessen im Gebiete einer alliierten oder assoziierten Macht beziehen (§ 10 der Anlage zu Art. 298 des Friedensvertrages). Ueber diese Anmeldung ergeht noch eine besondere Bekanntmachung."

Aktiengesellschaften

Braunschweigische Bank und Creditanstalt. Das Institut beabsichtigt die Erhöhung des Grundkapitals um 10 auf 30 Millionen Mark. Zunächst sollen 5 Millionen Mark Aktien von einem Konsortium übernommen und im Verhältnis 4:1 zu 122 Proz. zuzüglich 5 Proz. Zinsen angeboten werden. Die Ausgabebedingungen der restlichen 5 Mill. Mark bleiben der Verwaltung überlassen.

Kapitalverdoppelung bei der Sächsischen Wollwarenfabrik vorm. Tittel u. Krüger in Leipzig-Plagwitz. Der Aufsichtsrat schlägt der Generalversammlung wieder 10 Prozent Dividende und die Erhöhung des Aktienkapitals um 5 auf 10 Mill. M. vor. Die jungen Aktien sollen den Aktionären im Verhältnis von 1:1 zum Kurse von 130 Proz. angeboten werden. Die Gesellschaft zahlt aus Ueberschüssen 500 M. pro Aktie hinzu.

Vereinigte Flanschenfabriken und Stanzwerke in Regis. Die Generalversammlung setzte die Dividende entgegen dem auf 12 Proz. lautenden Vorschlage der Verwaltung auf 17 Proz. fest und zwar wird der durch die Mehraussätzung erforderliche Betrag dem Neuvortrag entnommen. Die Verwaltung teilte mit, daß die Lage bei dem Unternehmen seit Abfassung des Geschäftsberichtes unverändert geblieben ist. Die Zurückhaltung der Käufer, die weiter anhalte, werde sich aber voraussicht auch früher oder später in vermehrtem Maße geltend machen.

J. E. Reinecker Akt.-Ges. in Chemnitz. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 6 auf 12 Mill. M. Die jungen Aktien, die vom 1. Juli 1919 ab dividendenberechtigt sind, werden den bisherigen Aktionären im Verhältnis 1:1 zum Kurse von 110 Proz. angeboten.

Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation. Dividendenvorschlag 18 Proz. (i. V. 12 Proz.) auf das alte Aktienkapital von 33 Mill. Mark, Zuweisung zu einem Wohlfahrtsfonds für Angestellte und Arbeiter 3 Mill. Mark.

Dividenden. Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Co. in Leverkusen: Ueberschuß 29 077 840 M. (13 088 180), Dividende 18 Proz. (12). — Fabrik photographischer Papiere vorm. Dr. A. Kurz Akt.-Ges. in Wernigerode: Betriebsgewinn 114 674 M. (236 416), Ueberschuß 52 208 M. (241 048), Dividende 8 Proz. (10). Akt.-Ges. für Kordwaren- und Kinderwagen-Industrie Hourdeaux-Bergmann in Dresden: Ueberschuß 527 444 M. (i. V. 517 740 M.), Dividende 22 Proz. (12), Vortrag 123 808 M. (31 861).

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Bei wiederum ausgesprochener Geschäftsruhe schlich sich heute der Verkehr an der Börse nach dem des ganzen Verlaufs träge dahin, und die Kursveränderungen halten sich allgemein in engen Grenzen. Im Zusammenhang mit einem weiteren und nicht unerheblichen Nachgehen der ausländischen Devisennotierungen und infolge der anhaltenden Besserung des Markkurses im Auslande war die Tendenz mäßig abgeschwächt zu bezeichnen. Die Rückgänge gingen nur ganz vereinzelt über 5 Proz. hinaus, und dies gilt in Hauptsache von Gelsenkirchener, Rheinischen Braunkohlen, Deutsch-Ueberseeer-Elektrischer, Adlerwerken, Orenstein & Koppel, Otavi-Aktien und Genußscheinen. Nebenbei sind auch Kursbesserungen zu erwähnen, so für Farbenindustrie, mäßige Besserungen, für Schantung und einige wenige andere Papiere. Am heimischen Rentenmarkt ist der Kursstand unverändert geblieben. Ungarische Renten lagen etwas fester, gegen fielen sich Türkenlose und Mexikaner niedriger. Im allgemeinen eine leichte Befestigung der Kurse ein. Doch diese bei anhaltenden kleinen Schwankungen und kleinen Umsätzen schäft später nicht von Bestand.

Produktenbericht. Schon bei Schluß des gestrigen Verkehrs zeigte sich am Hafermarkt eine Befestigung zu erkennen, und machte heute weitere Fortschritte. Die Abgeber verhielten sich sehr zurückhaltend, und da für Futterbedarf mehr Ware gefordert wurde, stellten sich die Preise schließlich nicht unerheblich höher. Auch in Hülsenfrüchten sind neuerdings die Abgeber zurückhaltend geworden. Ein nennenswertes Geschäft hat sich noch nicht entwickelt. In den übrigen Artikeln blieb es geschäftslos beim Alten.

Hafernotierungen:

Berlin, 5. Mai. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mk. loko ab Speicher frei Wagen — loko ab Bahn — Tendenz: vorrätige Abladung ab Abladestationen 2700—2740.

Devisen-Notierungen:

	Geld	Brief		Berlin, 5. Mai Geld
Amsterd.-Rotterd.	1904.—	2002.—	New-York	54.37½
Brüssel-Antwerp.	356.60	357.40	Paris	39.65
Christiania	1043.75	1046.25	Schweiz	974.—
Kopenhagen	924.—	926.—	Spanien	825.—
Stockholm	1157.75	1160.25	Wien (alte)	2.29
Helsingfors	392.20	392.80	Oesterreich abgest.	25.97
Italien	254.75	255.25	Prag	87.65
London	209.75	210.25	Budapest	24.47

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte			Deutsche Ueberseeer-El.
4% Deutsche Schatzscheine VI—IX	75.75		Deutsche Erdöl
5% Deutsche Reichsanl.	79.75		Deutsche Gasglühl.
4% " "	76.—		Deutsche Kali
3% " "	67.90		Deutsche Waff. u. Mun.
2% " "	74.75		Donnersmarkhütte
4 Preuss. Konsols	76.25		Dürrnr u. Lehrmann
2% " "	63.50		Bürkoppwerke
3 " "	59.30		Elberfelder Farben
4 Charl. Stadtanl. 86/99	99.10		Enzelhard Brauerei
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—.—		Felten u. Guilleaume
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—.—		Gasmotoren Deutz
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	101.30		Gebhardt u. Co.
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	100.50		Gebhardt u. König
4% Dessauer Gas-Oblig.	103.60		Gelsenkirch. Bergb.
4 "	97.—		Glanziger Zuckerfbr.
			Halleische Masch.-Fabr.
Ausländ. Werte			Hann. Masch.
4 Oesterr. Kron.-Rente	30.50		Harpener Berg
4 Ungar. Gold-Rente	62.75		Hasper Eisen
4 Ungar. Kronen-Rente	35.—		Hirsch Kupfer
			Höchster Farbw.
Eisenbahn-Aktien:			Hoesch Eisen u. Stahl
Halberstadt-Blankenb.	100.25		Hohenlohe-Werke
Halle-Hettstedter	—.—		Humboldt-Masch.
Schantungbahn	533.—		Ilse-Bergbau
Allg. Lokal-Str	122.—		Kahla-Porzellan
Gr. Berl. Str.	137.25		Kaliw. Aschersleben
Magdeburger Str.-B.	146.—		Körbisd. Zucker-Akt.
Lux. Prinz Heinrich.-B.	—.—		Kyffhäuserhütte
Orientbahn	—.—		Lahmeyer u. Co.
			Lauchhammer
Schiffahrts-Akt.:			Laurahütte
Hambg. Paketfahrt	185.¾		Lingel Erfurt
Hambg.-Südamerikpf.	265.—		Linke u. Hofmann
Hansa-Dampfschiff	365.25		Ludwig Loewe u. Co.
Nordd. Lloyd	180.—		Lothringer Hütte
			Mannesmannröhren
Banken:			Maschinenfabr. Benkan
Bank für Thür.	106.75		Oberschl. Eisenb.-Bed.
Berl. Handelsges.	200.—		do. Caro Heg.
Comm u. Diskontobank	189.—		do. Kokswerke
Darmstädter Bank	160.50		Orenstein u. Koppel
Dresdner Bank	136.75		Phönix-Bergb.
Deutsche Bank	312.—		Rhein. Metall-Verz.
Diskonto-Comm.	212.25		Rhein. Stahlwerk
Dresdner Bank	192.—		Riebeck. Montan.
Credit-Anst. Leipzig	176.25		Rombacher Hütten
Mitteld. Kreditbank	156.50		Rositzer Braunk.
Preat-Bank	182.50		Rositzer Zucker
Nationalbank	149.75		Sangerhäuser Masch.
Oesterr. Kredit	102.—		Hugo Schneider u. Co.
Reichsbank	153.50		Schubert u. Co.
			Siemens u. Halske
Industrie-Aktien:			Stettiner Chamotte
Berliner Brauerei	242.—		Stettiner Vulkan
Akt. f. Anilin	359.—		Stollberger Zinkh.
Allgem. Elektr.-Ges.	340.—		Strals. Spielkarten
Annendorfer Papierf.	—.—		„Terra", Samen-A.-G.
Anhalter Kohlen	275.—		Thale-Eisenhütte
Annaberger Steingut	320.—		Triptis-Akt.-Ges.
Anilinfabr. Anilin	522.—		Türkische Tabakregie
Bergmann Elekt.-Akt.	2.—		Ver. Köln-Rottweiler
Berl. Masch.-Ban	323.50		Glanzstoff Elberf.
Biemsrekhütte	286.50		Wegelin u. Hübner
Bochumer Gußstahl	355.—		Weresch.-Weissert. Brk.
Chem. Fabrik Buckau	250.—		Westeregeln-Alkali
Chem. Griesheim	325.—		Wittener Gußstahl
Chem. v. Heyden	340.50		Wede-Aktien
Consolidation Schalke	565.—		Zeitzer Masch.
Cröllwitzer Papierfabr.	340.—		Zellstoff Waldhof
Daimler-Motoren	354.—		Otavi-Minen
Deutsch-Luxemburg	338.—		Tendenz: still.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Wirtschaft und Sport: Hans Geisling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Geilsheim. Anzeigenteil: Paul Gerber; sämtlich in Halle a. S. Die Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005061-18/fragment/page=0004